

# PPP

## Empörung über Wirtschaftstrojaner

**LOBBYISMUS Nach einem taz-Bericht fordern Politiker und Initiativen die Auflösung der Öffentlich-Privaten Beratungsgesellschaft ÖPP Deutschland AG. Das Finanzministerium sieht keinen Handlungsbedarf**

BERLIN *taz* | Anton Hofreiter, Grünen im Bundestagsausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, beschäftigt sich seit Jahren mit Projekten von sogenannten Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP). Nach einem Bericht der *taz* vom Wochenende über die Verflechtungen der ÖPP Deutschland AG hält er die Rechtskonstruktion der Aktiengesellschaft für nicht mehr tragbar. Er forderte eine "neutrale Beratung" und die Gründung einer rein öffentlichen Beratungsgesellschaft.

Recherchen der *taz* hatten offengelegt, dass die öffentlich-private Gesellschaft maßgeblich von Bankern der Deutschen Bank und von McKinsey-Beratern konzipiert und initiiert worden war. Mit "maßgeschneidertem Auftrag und Struktur", wie es in einem Strategiepapier der Deutschen Bank heißt. Anteile an der ÖPP Deutschland AG halten auch jene Firmen, die von Öffentlich-Privaten Partnerschaften profitieren: Banken, Berater und Baukonzerne. Das damals SPD-geführte Bundesfinanzministerium hatte die ÖPP Deutschland AG 2007 nach der Blaupause ebendieser Berater aus der Taufe gehoben, deren Klienten davon profitieren. Auch das nun CDU-geführte Bundesfinanzministerium hält die Arbeit der ÖPP Deutschland AG für "unabhängig". Vorstand der ÖPP Deutschland AG ist Bernward Kulle. Bis er im Januar 2012 dorthin wechselte, war Kulle Vorstandsmitglied der Hochtief Concessions AG. Der Konzern verdient im Geschäft mit öffentlich-privaten Partnerschaften viel Geld. Kulle, heißt es im Ministerium auf *taz*-Anfrage, habe seine Mitarbeit bei Hochtief Concessions "vor seiner Bestellung zum Vorstand der PDG [die frühere ÖPP, d. Red.] ordnungsgemäß beendet". Das Ministerium verweist auf die Satzung, die festlegt, dass dem Vorstand der ÖPP Deutschland keine Mitarbeiter oder Organträger ihrer Gesellschafter angehören dürfen. Von *ehemaligen* Vorstandsmitgliedern oder Mitarbeitern ist in der Satzung jedoch nicht die Rede.

Die stellvertretende Vorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, fordert, dass "die ÖPP Deutschland AG unverzüglich aufgelöst und stattdessen eine Agentur zur Förderung interkommunaler Zusammenarbeit gegründet wird". Es handele sich um "korruptes Schmarotzertum auf Kosten der Steuerzahler", so Wagenknecht. Der Vorsitzende von Lobbycontrol, Ulrich Müller, forderte von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), "die ÖPP Deutschland AG aufzulösen". Projekte Öffentlich-Privater Partnerschaften seien "eine Einladung für Lobbyismus zulasten der Bürgerinnen und Bürger". Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, betonte, dass "klare Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehungen öffentlich-privater Partnerschaften aus Sicht der Korruptionsprävention eindeutig vorzuziehen" seien. Sie mahnte zudem eine "Karenzzeitregelung im öffentlichen Dienst für den Wechsel in Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes" an.

Auch in der SPD stoßen die Hintergründe zur Entstehung der ÖPP Deutschland AG auf Unverständnis. Michael Groß, Berichtersteller der SPD für das Thema Öffentlich-Privater Partnerschaften, zeigte sich überrascht über die Verwicklungen der Banken. Groß hält die öffentlich-private Konstruktion der ÖPP Deutschland AG für "problematisch und falsch, zumal ja die öffentliche Hand beraten wird". Angesichts der Intransparenz könne die Gesellschaft ihren Auftrag nicht erledigen.

Bislang beruft sich die Bundesregierung bei Anfragen zu konkreten Projekten auf das "Betriebs- und Geschäftsgeheimnis der ÖPP Deutschland AG". Dabei ist die Gesellschaft zu 57 Prozent im Besitz des Staates und soll denselben "unabhängig" bei Teilprivatisierungen beraten. **KAI SCHLIETER**

## **"Korruptes Schmarotzertum auf Kosten der Steuerzahler" SAHRA WAGENKNECHT, DIE LINKE**

**betr.: "Wie der Staat ausgeplündert wird und wer davon profitiert", taz vom 28. 1. 12**

Vielen Dank, taz, dass ihr euch dieses Themas an so prominenter Stelle angenommen habt. Vielleicht bewahrt euer ausführlicher Artikel einige Kommunen vor dem Schicksal der Stadt Leimen (Baden-Württemberg), die ihre Erfahrung mit einem PPP-Schwimmbad bereits hinter sich hat und heute noch teuer bezahlt.

Der Fall ist geradezu idealtypisch: Hochverschuldete Kommune will marodes Bad sanieren und denkt über die Finanzierung nach. PPP erscheint als einzige Rettung, weil die Investitionen nicht die Stadt tätigt, sondern der künftige Erbauer und Betreiber, die Firma s.a.b., die auch die Kredite aufnimmt, die damit nicht bei der Stadt als Verschuldung auftauchen. Die Stadt allerdings zahlt die Kredite z. B. über Nutzungsgebühren ab und haftet der Bank gegenüber für den gesamten Kredit.

Das Bad wird gebaut, die s.a.b. macht als Generalunternehmer beispielsweise für die Baubetreuung ordentlich Geld und gründet eine Tochterfirma für den Betrieb, die als GmbH nur ein geringes Eigenkapital hat. Das Bad wird verspätet, mit höheren Baukosten und erheblichen Mängeln in Betrieb genommen, wichtige Anliegen des Gemeinderates (sozialverträgliche Preise) wurden nicht beachtet und schon nach wenigen Monaten des Betriebs kommt die Betreiberfirma auf die Stadt zu mit der Bitte, die Zuschüsse deutlich zu erhöhen, da sonst der Betrieb des Bades gefährdet ist. Nachdem die Stadt sich weigerte die Forderungen zu erfüllen, wurde das Bad nach gerade einmal 22 Monaten des Betriebs durch die s.a.b. an die Stadt rückübertragen.

Seither wird das Bad zu enormen Kosten wieder von der Stadt betrieben und saniert und Gutachter und Anwälte verdienen heute noch Geld daran, die Misere aufzuarbeiten. Die s.a.b. ist deutschlandweit immer noch im Schwimmbadgeschäft.

Mehr unter: [www.gall-leimen.de/aktuelles-schwimmbad](http://www.gall-leimen.de/aktuelles-schwimmbad)

**RALF FRÜHWIRT, Leimen**

2feb2012

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=wu&dig=2012%2F02%2F01%2Fa0086&cHash=4c4819ebed>